



den ... und ...

... und ...

... und ...

# Friedens-Strategie

Edward Davis, M. D. R.

Es gibt Leute, pazifistische Ideologen, die glauben, eine offene und unzweideutige Verzichtserklärung Deutschlands auf jegliche Eroberung oder sonstigen Kriegsgewinn genüge für sich allein, um die feindlichen Mächte friedensbereit zu machen.

Auf der anderen Seite gibt es Leute, Ideologen der Gewalt, die glauben, die einzige und allein wirksame Friedensoffensive sei die militärische Aktion. Für eine politische Friedensoffensive ist in ihrem Hirn kein Raum.

Man hat es Herrn von Kühlmann sehr verargt, daß er auf die Unmöglichkeit, den Krieg nur mit militärischen Mitteln zu beendigen, hingewiesen hat. Er hat das Aussprechen dieses Gedankens mit seinem Sturz bezahlet müssen.

Es sind die größten Mächte Europas, welche gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder zwei Frühjahren so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärt, daß sie auf harte Bedingungen Frieden schließen möchte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern.

Dieses Urteil des großen Strategen von 1870/71, der dabei nicht einmal die Teilnahme Amerikas und fast der ganzen übrigen Welt am Kriege gegen uns voraussetzte, ist vernichtend für die Gewaltpolitiker und annexionistischen Phantasten, die seit Jahr und Tag mit dem Phantom eines in greifbare Nähe gerückten „deutschen Schwertfriedens“ arbeiten.

Kein vernünftiger Mensch wird natürlich aus der Einsicht, daß das Schwert allein den Frieden nicht erzwingen kann, den Schluß ziehen, daß man darum auf weitere militärische Operationen verzichten solle. Aber ebensowenig sollte es einen vernünftigen Menschen geben, der die Notwendigkeit einer damit Hand in Hand gehenden, jährlaren politischen Friedensoffensive verkümmert. Alles, was in letzterer Hinsicht geschehen ist, alle Versuche, eine günstige Atmosphäre für einen beiderseitig annehmbaren Frieden bei untern Gegnern zu schaffen, sind von den Vertretern der reinen Gewaltstrategie verächtlich und ihrer Wirkungen beraubt worden.

Eine folgerichtige, von keiner Stelle gebotene und um ihre Wirkung gebrachte Friedenspolitik ist die Forderung, die wir am Beginn des fünften Kriegsjahres mit erhöhtem Nachdruck erheben. Aufgabe der Heeresleitung ist es, die militärischen Operationen mit Energie fortzuführen. Vor von allen Seiten anerkanntes strategisches Genie findet hier das gegebene Bestimmungsfeld. Und solange die Gegner den Wahn hegen, uns nicht weichen zu können, solange sie einen Frieden auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität ablehnen, wird das deutsche Volk geschloffen weiter kämpfen.

Es darf kein Zweifel daran bestehen, daß der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes auf einen Frieden ohne Annexionen und sonstige Vergewaltigungen die einzige Richtschnur unserer Friedenspolitik ist.

Daß die Politik der deutschen Arbeiterparteien nur eine solche Absicht des Volkes klarer hat, würde für alle Welt in der Stunde unbestreitbar werden, in der die Arbeiter der verschiedenen Länder Bestrebungen dazu bewegen, sich ihrer Teilnahme an Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beider-

seitigen Integrität zu erklären. Nach einem Wort einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk immermehr drüber, daß Friedensverhandlungen zu Eroberungsforderungen oder irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungen abzuweichen scheitern.

Das Waffstillge Bureau hat in dem ins Ausland gegebenen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 13. Juli diese Sätze unter den Tisch fallen lassen. Das ist kennzeichnend für die Geister, die dort walteten. Man will das Ausland nicht wissen lassen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes

# Kriegsnachrichten

Der englisch-französische Gegenstoß

Westfront, 11. August. Genau an der kritischen Frontstelle, wo vor vier Monaten die erste deutsche Offensive einsetzte, nämlich am Hauptpunkt der englisch-französischen Front, hat Marshall Haig am 8. August zum Gegenstoß ausgeholt. Gemeinsam mit den Franzosen sind seit dem Frühling etwas in Richtung geratener Engländer die Aufgabe zu, die Bedrohung von Amiens aus der Welt zu schaffen und den wichtigsten Bahnknotenpunkt hinter der Verbandsfront dem deutschen Feuer zu entziehen. Das ist zunächst erreicht durch den Angriff, dessen Vorbereitungen fast völlig nach dem Muster des deutschen Frühlingsangriffs aufgebaut waren.

Überblickt man die bisherige Entwicklung der Schlacht, so lag der Hauptdruck des feindlichen Stoßes von Anfang an in der Mitte der Angriffsfront, die beiderseits des Ducebaches auf Royieres-Chaulnes streckte. Hier waren die Hauptkräfte eingesetzt, hier wuchs der Geländegewinn am schnellsten in die Tiefe, hier tauchten schon am zweiten Tage frisch nachschickende Reserven auf.

Indem die deutsche Linie so südlich der Römerstraße nach Osten abfiel, gerieten die nördlich der Somme im Dreieck Albert-Sailly-Bran gegen die vier englische Armeen zäh haltenden Verbände in ernste Gefahr und mußten, obwohl Herren des Schlachtfeldes, zurückgerufen werden.

Am wichtigsten aber war für Haig der operative Druck, den er durch Vorpreseln bis Lihons auf den deutschen Südfügel an Lore und Dom ausübte. Die Gefährdung wichtiger Nachschubstraßen dieser Front zwang zum schnellen Handeln. Schon am Abend des zweiten Tages gerieten Teile der ersten französischen Armee (General Debem) mit untern Nachhülften in lose Gefechtsführung.

Am dritten Tage setzte sich der operative Druck aus dem Norden her auch weiter südlich auf die anschließende Frontstelle fort. Gleichzeitig suchten heftige französische Angriffe die dortige deutsche Front festzuhalten, bis der feindliche Hauptstoß im Norden über Chaulnes

hinaus geschick. Dieser bedrohlichen Lage konnte General Hutter seine Truppen nur durch schleunigen Befehl zum Ausweichen entziehen. Diese Bewegungen sind augenblicklich noch im Gange. Die ganze Front zwischen Albert und Royon schwankt heute, am vierten Kampftage, noch hin und her. In welcher Verteidigungslinie die deutsche Führung die feindlichen Wellen endgültig abfangen will, ist völlig unbekannt.

Wenn sonst auch die Schlacht kaum definitiv zum Stehen gekommen ist, so hat sie doch einen Charakter angenommen, der auf ein nahes Verliegen der gegnerischen Energie schließen läßt. Nach neuen Meldungen werden die feindlichen Verluste durch deutsche Maschinengewehre immer schwerer. Zahlreich staken die Tanks, sowohl die kleinen, mit zwei Mann besetzten „Puppen-Tanks“, wie die großen mit erhöhter Geschwindigkeit im deutschen Artilleriefeuer dahin. Die feindlichen Mannschaften, die in drei Tagen mit anerkennenswerter Schnelligkeit fast 20 Kilometer zurückgelegt haben, ermüden. Das Nachziehen der schweren Artillerie verzögert sich, je mehr der Gegner aus dem Neuland östlich von Montdidier in die alte Trichterlinie der Sommeschlacht kommt. Dieses Totenfeld der Somme liegt augenblicklich dicht im Rücken der deutschen Verteidigung. Zum vierten Male tritt es mit seinem blutigen Namen in die Geschichte der Westfront.

## Die Militarisierung Amerikas

W. L. B. Amsterdam, 12. August. Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times“ aus Washington gemeldet, daß sich die Ausschüsse für die Annahme der neuen Rekrutierungsvorlage durch den Kongreß erhöht haben. Inzwischen wurde die Aufnahme von Freiwilligen in die Armee und Flotte eingeleitet. Durch Armeebefehl wurden die drei bisherigen militärischen Organisationen der stehenden Armee, der Nationalgarde und der nationalen Armee mit den Reservetruppen zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt, die den Namen Armee der Vereinigten Staaten führt.

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

**Friedensfragen im englischen Unterhause**  
London, 8. August. (W. L. B. Reuters.) Unterhause. Im Laufe der Verhandlungen über die pazifistische Gruppe eine Erörterung hervor, indem sie verlangte, es sollten entschiedene Anstrengungen in der Richtung des Friedens gemacht werden.

Das Mitglied des früheren liberalen Kabinetts J. W. Robertson betonte in seiner Erwiderung nachdrücklich, es könnte keinen wie immer gestatteten Frieden geben, bevor der deutsche Militarismus nicht überwunden sei. Eine allgemeine Abrüstung müsse die Folge des Krieges sein. Aber, sagte er, wir können nicht abrufen, ehe nicht die Abrüstung Deutschlands gesichert ist. Die deutsche Regierung wird sich niemals mit der Abrüstung einverstanden erklären, wenn sie nicht dazu gezwungen wird.

Balfour sagte in seiner Antwort, das Hindernis zu einem rechtlichen Frieden sei, daß der deutsche Militarismus nicht auf dem Ehrgeiz der Militärpartei, sondern darauf beruhe, daß die deutschen Schriftsteller, Professoren, Theoretiker und Praktiker alle die Theorie vertreten, daß die wahre Politik jeder Nation, die groß sein wolle, eine Politik der Weltbeherrschung gewesen sei. Ehe diese Auffassung nicht zerfällt sei, bestche nur sehr geringe Hoffnung, daß Deutschland freiwillig ein freiwilliges Mitglied der Weltgemeinschaft der Nationen werde. Balfour fuhr fort, das Uebel hatte seinen ersten Ursprung in den leicht erzwungenen militärischen Erfolgen Deutschlands und der einzige Weg, dieses Uebel zu zerstören, bestche darin, zu zeigen, daß der Krieg nicht immer zu solchen Erfolgen und zuweilen zu gar keinen Erfolgen führt. Von Belgien hat bisher noch niemals ein deutscher Sineismann es über sich gewinnen können, klar und bestimmt, ohne Zweideutigkeiten zu sagen, wir haben Belgien ohne Grund gemordet, wir wollen es zurückgeben mit allem, was wir ihm genommen haben. Das würde die einzige Politik sein, die die egrotenen Pazifisten im Unterhause beizubringen könnten.

Balfours Rede ist der beste Beweis dafür, wie die Kriegsführer sich gegenständig in die Hände arbeiten. Der englische Staatsmann, der sonst auch von Demokratie zu reden liebt, hört annehmend nur, was die Professoren der „Baiserlandspartei“ phantastieren. Den klar ausgedrückten Friedenswillen der deutschen Volksoverretung und der Massen des Volkes überseht er dagegen völlig.

## Wieder eine englische Passverweigerung

London, 9. August. (Reuters.) Der Arbeiterverband meldet: Die Regierung erklärte es für nicht ratsam, an die Vertreter der nationalen Arbeitervereinigungen Pässe zu verabschieden, um in die Schweiz zu gehen, und dort mit Ircosita und anderen zusammenzutreffen, weil diese letzteren ihren Weg durch feindliche Länder genommen hätten.

Der Standpunkt der Ententeeregierungen in der Frage der Passverweigerung ist also unverändert der gleiche friedensfeindlich ablehnende geblieben. Wenn der englischen Arbeitervertreter ein Zusammenkunft mit Genossen inoffiziell schon deswegen verboten wird, weil dieser seinen Weg durch feindliche Länder genommen habe, so heißt das, das Vorgehen auf einen Gipfel treiben, auf dem es fast lächerlich wird. Trotzdem muß die Sache als sehr ernst betrachtet werden, da sie Zeugnis von dem unverminderten Kriegswillen der Regierung Lloyd Georges ablegt. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung diese neue Passverweigerung bei den Arbeitern der Entente-Länder ausüben wird. Von der englischen Arbeiterpartei ist keine ernsthafte Emigration zu erwarten. Aber in dem Konflikt der zur Arbeit gewordenen französischen Arbeiter gegenüber der bisherigen Mehrheit spielt in die Frage eines energischeren Auftretens gegenüber der Passverweigerung eine, wenn nicht gar die Hauptrolle. Songster ist also schon sehr in die Lage gelangt, sein Programm praktisch zu verwirklichen.

## Sympathien für Lansdownes Friedenspolitik

Bern, 12. August. Bei einer Zusammenkunft der politischen Freunde Lord Lansdownes in Escherhall am 7. August wurde ein Brief des Lord Vereburn verlesen, in dem es heißt, er edauere, nicht in London anwesend sein zu können, um erneut seiner Anhängerschaft an die Politik Lansdownes Ausdruck zu geben. Der Schreiber führt weiter aus, das in Kriegszeitern selbstverständlich die Männer und Frauen ihre ganze physische und geistige Arbeit den Männern an der Front zu geben hätten, die die schwerste Bürde tragen. Aber, so fährt er fort, alle diese Pflichten schließen in keiner Weise die Pflicht jedes einzelnen aus, sein möglichstes zu tun, um eine ehrenvolle Beendigung des Krieges zu fördern. Ich stimme von Herzen den Worten des Generals Smuts zu, die in dem letzten Lansdownebrief angeführt sind. Wir müssen es verhindern, daß die Neutralität, die wir retten und schützen wollen, selbst in Gefahr gerät. Wir sollten daher stets bereit sein, jedes Friedensangebot anzunehmen und zu prüfen. Militärische Mittel allein können Europa nicht wiederherstellen.

## Neue interalliierte Sozialistenkonferenz

London, 13. August. (W. L. B.) Das Reutersche Bureau erfährt: Auf Anregung der demokratischen in England erwarteten Präsidenten des amerikanischen Arbeiterverbandes Samuel Gompers wird vom 17. bis 19. September in London eine interalliierte Arbeiter- und Sozialistenkonferenz gehalten. Wie verlautet, werden neben den amerikanischen Delegierten ebenso wie bei der Konferenz am 26. Juni Parteivertreter aus Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Griechenland, Portugal, Kanada und Rußland zur Teilnahme eingeladen.

## Deutschland

### Der Friede eine Gefahr!

In dieser tragischen Zeit gewährt das gelegentliche Durchblättern der alldemokratisch-militärischen Vorkriegsliteratur doch auch manche erheitrende Augenblicke. Der General von Bernhardt brachte in seinem berühmten Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ den Krieg gewissermaßen als eine gesunde Leibesübung, der sich kein Volk entziehen dürfe. Als Menschenfreund wünschte der gute General allen Völkern, daß sie sich dieser gesundheitsfördernden Übung recht fleißig unterziehen möchten. Darum machten ihm die Vereinigten Staaten von Amerika nicht geringe Sorgen, in denen gerade damals, 1911, die pazifistischen Ideen große Fortschritte zeigten. Es ist nun geradezu rührend, wie der gute deutsche General die Amerikaner warnte, sich nur ja nicht dem schändlichen Friedenslaster gefangenzugeben. Er schrieb:

Nichts Schlimmeres kann einem begabten und kräftigen Volke widerfahren, als wenn es in unbefriedenem Genuß des Friedens einem beruhigten Phibakentum verfällt. Auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Friedensbestrebungen, sobald sie Einfluß auf die Politik gewinnen, außerordentlich gefährlich für die Volksgesundheit, und die Staaten, die aus weichen Rücksichten immer in dieser Richtung tätig sind, untergraben die Wurzeln ihrer eigenen Kraft. Den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beispiel, die neuerdings für die Ideen des allgemeinen Friedens auch deshalb eintreten, um sich ungefüllt dem Geldgewinn und Geldgenuß hingeben zu können und die dreihundert Millionen Dollars zu sparen, die sie für Kriegsvorbereitungen ausgeben, erwacht eine große Gefahr nicht so sehr aus der Möglichkeit eines Krieges

Industrie- und Finanzkapitane

Was die Sozialdemokratie in fernschauender Erkenntnis stets als Linie der Entwicklung vorzeichnete: die Zusammenfassung des Kapitals, die Konzentration der Betriebe und die Zerklüftung der Mittelklassen, das wollten oder konnten bisher so viele nicht erfassen.

Die Dokumente für die entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus häufen sich von Tag zu Tag in einer kaum zu bewältigenden Fülle. Eins davon ist das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte des Jahres 1918.

Wenn wir z. B. sehen, daß vier Direktoren der Deutschen Bank in den Aufsichtsräten von 130 Unternehmungen, fünf leitende Persönlichkeiten der Dresdener Bank in 95, wird da nicht mit diesen Ziffern die zunehmende Uebermacht der Hochfinanz ins hellste Licht gerückt?

Noch schärfer tritt das wirtschaftliche Generalkommando bei einzelnen Privaten hervor. Da ist vor allem der König im Reiche der Aufsichtsräte Herr Dr. Louis Hagen, Handelskammervorsitzender und Mitinhaber der Kölner Bankfirma A. Levy zu nennen, weil er mit 56 Aufsichtsratsposten den Rekord macht.

Wo die Kräfte des einzelnen zu so vielgestalteten Leistungen nicht ausreichen, da greifen die Sippen und Macher helfend ein. Woonon die Inhaber des Dresdener Bankhauses Gebr. Arnhold ein rührendes Beispiel von Solidarität geben.

Jedoch bleiben auch die Industriekapitane hinter ihren Brüdern von der Hochfinanz nicht zurück. Die A. E.-G. scheidet

nicht nur ihren Vorsitzenden Walter Rathenau, über den bei anderer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein wird, in 40 Gesellschaften, sondern auch noch zwei andere: Deutch in 35 und Mannroth in 53, also zusammen 128 Gesellschaften.

Hier ist wenigstens die Einheit eines bestimmten Industriezweiges gewahrt. Was soll man aber über den allzu geschäftigen Hugo Stinnes sagen? Er ist 45facher Aufsichtsrat, darunter 23mal Vorsitzender, aller möglichen Betriebe: Straßenbahnen, Kohlengruben, Bergwerke und Hütten, chemischen und Sprengstoff-Fabriken, elektrischen Werken, Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften und einer Lagerhaus-Gesellschaft in Mannheim.

Wenn man annehmen wollte, der Vorsitzende des Aufsichtsrats eines großen Unternehmens müßte zum mindesten dessen technische und geschäftliche Eigenart kennen und beherrschen, so müßte man all diesen Leute das Prädikat „genial“ erteilen. Aber die Sache ist viel einfacher, als sie aussieht.

Wie wenig fachliche Kenntnisse und Erfahrungen zur Bekleidung so wichtiger und einflußreicher Posten erforderlich sind, zeigt ein Blick in das Adreßbuch. Da finden wir Rittergutsbesitzer, die Kaliwerke, Erdölunternehmungen und Versicherungsgesellschaften, Rechtsanwälte, Amtsrichter und Staatsminister, die sich in der Aufsicht ganz unzulammenhängender Betriebe betätigen.

Genug der Beispiele, um den Flug der Zeit zum Mammon und Mammonismus zu verstehen. Mammon (griechisch: mamonos) bedeutet ursprünglich Reichtum, aber seit der lateinischen Bibelübersetzung hat das Wort einen unangenehmen Beigeschmack erhalten.

Danziger Nachrichten

Kriegsgefangen.

Erst hatten sie eigentlich den Schluß des Krieges abwarten wollen, ehe sie heirateten. Aber seine Länge mochte ihnen einen Strich durch die Rechnung. So oft er auch auf Urlaub gewesen und sie die Möglichkeiten eines baldigen Friedens in Betracht gezogen hätten, immer wieder waren ihre Hoffnungen zunichte geworden.

Zwischen zwei blutigen Offensiven war er gekommen. Die Kriegstraumung brauchte ja nicht langer Vorbereitungen. Ihr Hochzeitskleid war schon im ersten Kriegsjahr fertig gewesen.

Nun waren sie Mann und Frau. Sich ein behagliches Nest einzurichten, daran konnten sie vorläufig noch nicht denken. Seine Urlaubstage waren ja gezählt. Und sie sollte bis zum Friedensschluß bei den Eltern bleiben und ihrer gewohnten Beschäftigung weiter nachgehen.

So kamen sie vom Standesamt. Beträumt hing sie im Feldgrauen am Arme. Die Traugeugen, die es eilig hatten, hatten sich bereits von ihnen verabschiedet. Mit einem zärtlichen Innigkeit hatte sie sich an ihn geschmiegt.

Viele Worte wechselten sie nicht. Jedes war mit festem Gedanken beschäftigt. Um sie summete der Alltag mit seinem wogenden Lärm. Die Auslagen der Schaufenster verlockten ihre Blicke nicht abzulassen. Die Furchbarkeit der Gegenwart und die Angst vor der Zukunft nahmen die Sinne beider ganz gefangen.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen in Ostibirien.

Seit einem halben Jahre, vom 3. März d. Js., ist mit Rußland Frieden geschlossen. Nach der Erklärung der deutschen Regierung sollte der Austausch der Gefangenen diesseits und jenseits der Grenzen baldigst in die Wege geleitet werden und nach und nach der Abtransport nach der Heimat Zug um Zug erfolgen.

Wie sieht es aber mit dem Gefangenen-austausch nach jetzt sechs Monaten aus? Deutsche Kriegsgefangene im europäischen Rußland und etwas darüber nach Osten hinaus wurden in Rußland freigegeben, weil ihre Ueberweisung und Ernährung der Sowjetregierung aufscheinend große Schwierigkeiten bereitete.

Freie Freiheit

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen, Sie wird von außen nicht erstrebt, Wer nicht zuerst sie selbst tief innen im eignen Busen dich befehl.

Robert Pruh.

Die erste Reitstunde

Der Hauptmann ist auf Urlaub. Seine Reitpferde aber sind hier geblieben und müssen jeden Tag „bewegt“ werden. Was liegt näher, als daß sich ein unternehmungslustiger Landsturmann der Infanterie einmal im Reiten übt?

Der Bursche des Hauptmanns reitet mit solcher Selbstverständlichkeit durch die Reitbahn, schwenkt den Gaul nach links, nach rechts macht Volten und andere Kunststücke. Und sieht dabei so kerngerade und sicher auf dem schraubenden Pferd, als wäre er mit ihm verwachsen.

Da kann das Reiten doch nicht so schwer sein! Nur Mut! Hast dich doch in anderem Sport geübt, alter Junge. Da wirst du doch auch auf dem Gaul reiten können! Hinauf zu kommen war nicht schwer. Die alten Turnerbeine hatten oft genug am hölzernen Pferd das Hinaufschwimmen geübt. Und der Gaul stand still, weil der Reitbursche ihn hielt.

„So, nun los! Die Schenkel ordentlich randrücken und die Füße fest im Steigbügel!“

Der Gaul folgte dieser plumpen Einladung, die nur Wagenpferden ziemt, nicht gleich. Erst nochmaliges aufmunterndes Ziehen am Zügel setzte ihn in Bewegung.

Donnerwetter! Ein sonderbares Gefühl! Etwas bekommen wie dem Landsturmann zumute, als er sich immer weiter von dem Reitburschen entfernt.

Vorsichtig will er sich umsehen. Da — soll — was ist los! Der Gaul seht sich plötzlich in Trab. Warum? Landsturmann hat ihn gar nicht dazu aufgefordert.

Dafür wackelt der Landsturmann da oben aber bedenklich hin und her.

Hoho! Jetzt macht der Gaul eine Drehung. Wo ist denn nur das Gleichgewicht? Donnerwetter!

Ein Königreich für einen Halt! Im letzten Augenblick erwischt der Landsturmann den Sattelpfropf und hält sich daran mühsam fest.

Aber besonders heldenmütig sieht er nicht auf dem Gaul! Gut, daß der Reitbursche schnell zuspringt und den Gaul zum Stehen bringt!

„Was war denn los?“ „Du hast dem Pferd Schenkeldruck gegeben!“ „Das sollte ich doch auch!“ „Nur mit den Oberschenkeln solltest dich festhalten, wenn du das Pferd mit den Unterschenkeln berührst, geht es sofort los! Es ist ja ein Reitpferd! Die sind sehr empfindlich in den Weichen. Siehst du, ich regiere das Pferd allein mit dem Schenkeldruck!“

Spricht's und seht sich drauf und sieht umher. Die Zügel hält er lose und dennoch pariert ihm der Gaul gehorjam auf den leisesten Schenkeldruck hin.

„Na ja, das hättest du mir vorher sagen müssen!“ Wieder klettert der Landsturmann hinauf.

Aber vorsichtig hält er die Unterschenkel weit ab von den gefährlichen Weichen des Pferdes. Er wird sich hüten und das Best da figeln. Es geht auch so. Gemächlich trottet der Gaul im Schritt durch die Reitbahn. Der Landsturmann lenkt ihn mit dem Zügel hierin und dorthin. Das soll zwar eines Reiters wenig würdig sein. Aber Würde hin, Würde her! Die Hauptsache ist, daß er oben bleibt. Es stehen schon genug schadenfrohe Kameraden rings umher.

Vorsichtig bringt er durch Zuruße und durch Reizen am Zügel den Gaul in Trab.

Verflucht wacklige Geschichte! Bald sitzt man im Sattel, bald schwebt man in der Luft! Und bei dem Auf und Ab geht der Steigbügel verloren!

„Holla, wo ist denn der Steigbügel? Holla — Fröh — was ist denn — — Donnerwetter — —“

Beim Versuch, den Steigbügel wiedergewinnen, hat der Landsturmann dem Gaul aus Versehen fest in die Seite getreten. Das nahm der Gaul natürlich für eine energische Aufforderung, tüchtig auszuholen.

Hei — — —! Gut, daß der Reitbursche am Ausgang der Reitbahn stand und einige Kameraden daneben!

Sie konnten zwar kaum vor Lachen. Aber sie hielten doch den Gaul auf, denn sonst wäre er hinausgefaßt, und Ros und Reiter hätte man so bald nicht wiedergesehen!

So reiteten sie beide, den Landsturmann — halb zogen sie ihn vom Gaul, halb sank er ihnen beglückt in die reitenden Arme —, den Gaul, der mit frecher Siegermiene und höhnisch wackernd an dem Landsturmann vorbei in den Stall trabte. — Ernst Almsloh.

Fenilleton

— Was kostet in Kanonenschuß? Man macht sich in Patientenreisen oft ganz falsche Vorstellungen davon, was der einzelne Schuß eines Geschützes kostet. Es dürfte daher interessieren, was unsere Begner für ihre Munition zu bezahlen haben. Nach einer französischen Quelle betragen nämlich die Kosten für einen Schuß aus dem französischen Feldgeschütz 60 Frank. Ein 10-Zentimeter-Schuß kostet schon 115 Frank, ein solcher mit dem 15,5-Zentimeter-Geschütz 225 Frank. Mit dem Kaliber wachsen die Kosten ziemlich schnell. Sie betragen beim 22-Zentimeter-Geschütz noch 540, beim 27-Zentimeter-Schuß 850 Frank, erreichen aber beim Kaliber 30,5 die Höhe von 2800 Frank und ein französischer 52-Zentimeter-Schuß soll gar 6300 Frank kosten. Diese Angaben werden wohl nur mehr als Annäherung zu betrachten sein, doch kann man sich an der Hand dieser Zahlen sehr auf einen Begriff davon machen, was bisher im Kriege verpulvert wurde.

Hoffe sind die Verhältnisse dort keineswegs. Nach den widersprechenden Stellungnahmen liegen bald die Hochsitzungen, bald die roten Garden der Sowjetregierung. Nennlich tritt dort auch Japan auf den Plan. Dadurch stellt sich die Frage: Was wird aus unsern deutschen Kriegsgefangenen im Osten (Sibirien), besonders in den Vordergebirgen des Interesses. — Das Bangen der Angehörigen um ihre Ehre wird auf eine immer größere Probe gestellt. Zumal wohl von sämtlichen dort befindlichen deutschen Kriegsgefangenen seit August 1917 keine Nachricht eingegangen ist. Die Angehörigen derselben, Eltern, Brüder und Schwestern, die noch im sibirischen Eislande schmachtenden Kriegsgefangenen haben als Staatsbürger wohl Anspruch darauf, zu wissen, was die deutsche Regierung zur Befreiung der genannten Kriegsgefangenen unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt. Mindestens muß die Regierung eine offizielle Erklärung veröffentlichen, in welcher Lage sich unsere Angehörigen dort befinden. Eine Regierungserklärung ist schon deshalb besonders notwendig, weil auch durch die Vermittlung des Roten Kreuzes keine Auskunft über die Lage der Gefangenen zu erlangen ist.

**Reform des Großen Arbeitnehmersausschusses**  
Von einem Mitgliede des Arbeitnehmer-Ausschusses geht uns eine längere Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:  
Der Zweck des Großen Arbeitnehmers-Ausschusses wird nicht ganz erfüllt. Er hat nicht das Recht, Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen, wie etwa die Stadtverordnetenversammlung. Der Große Arbeitnehmers-Ausschuß steht auf keiner gesetzlichen Grundlage. Der Magistrat beruft die Mitglieder. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Presse wird nur zur Information zugelassen. Die Berichte von den Sitzungen werden vom Magistrat hergestellt und den Zeitungen zur Veröffentlichung übergeben, mit Ausnahme der der „Volksmacht“ erscheinenden Berichte. Die Magistratsberichte sind einseitig und geben kein richtiges Bild von den Sitzungen des Großen Arbeitnehmers-Ausschusses wieder. Der Erfolg dieser unangelegten Berichterstattung ist der, daß der Ausschuß in Kreisen der Verbraucher diskreditiert wird. Es macht nach außen den Eindruck, als ob alles, was der Magistrat getan hat und tun will, was durchaus nicht der Fall ist. Der Große Arbeitnehmers-Ausschuß muß Befehlshaber sein. Seine Sitzungen müssen öffentlich sein und die Presse muß frei berichten dürfen. Dann würde der Zweck des Ausschusses besser erfüllt und die Öffentlichkeit ein richtiges Bild von dieser vom Magistrat in seine Ernährungsorganisation eingeschalteten Körperschaft erhalten. Das wäre die notwendigste Reform, die in nächster Zeit an diesem Ausschusse vorgenommen werden müßte.

Wir können uns dieser Kritik nur anschließen.

**Zulagen zur Soldatenernährung.**  
Mobile 9 Mark, immobile 6 Mark monatlich.  
Auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsorder hat das Kriegswirtschaftsministerium bestimmt:  
Alle Unteroffiziere (auch die Gehalt empfangenden) und Mannschaften erhalten, sofern sie mobil sind oder mobile Besoldung beziehen, eine Zulage von 9 Mark, alle übrigen eine von 6 Mark. Die Zahlung hat für Gehaltsempfänger monatlich, für Lehngeldempfänger dreimonatlich zu erfolgen. Die Zahlung wird nach den gleichen Grundätzen wie das Kriegsgehalt bzw. die Kriegszulage gewährt. Die Zahlung für die rückliegende Zeit hat sofort und von der Dienststelle zu erfolgen, bei der der Berechtigte sich zur Zeit des Bekanntwerdens der kaiserlichen Kabinettsorder befindet.

**Ein lokales Militär-Sportfest**  
Für die Truppenteile der Garnison Danzig, das auf dem Friedrich-Ebers-Platz stattfinden soll, ist für Sonntag den 1. September d. Js. in Aussicht genommen. Die Veranstaltung ist für alle Kreise der Bevölkerung der Eintritt frei ist, soll dazu beitragen, Verständnis über die Ernüchterung des deutschen Volkes durch Leibesübungen im allgemeinen zu wecken und weitere Volkstreue zur Ausübung gekundener Sportarten anzuregen. An die Behörden und Truppenteile der Garnison ist eine Ausschreibung zu dem Fest ergangen. Es ist nicht zu erwarten, daß zahlreiche Meldungen eingehen, so daß nur einer für Danzig sehr interessanten Veranstaltung zu rechnen ist. Vorgesehen sind Einweihung, Kampfsport, Kampfsport und allgemeine Schauvorführungen. Es kommen zum Austrag: Mol-Canu, Handgranaten-Werwurf, Handgranaten-Werwurf aus einem Schützengraben, Kugelfischen, Hochsprung, Weitsprung, Turnen am Reck und Barren usw. Die Mannschaften bringen Götterkämpfe und Langziehen. Bei den Schauvorführungen wird u. a. Hindernislauf mit Gasmasken gegeben. Da Unteroffiziere und Mannschaften der Garnison in ausübend auftreten werden, ist ein vielseitiges sportliches Ereignis zu erwarten. Den Siegern winken zahlreiche Preise.

**Gefangenentanz „Sängergang“**  
Anfragen und Aufträge sind an den Vorsitzenden Herrn Johannes Best, Danzig, Raulegasse 11, 3 Treppen, zu richten.

**Zwei giftige Leiden**  
haben ein Verhängnis auf dem Gewissen. Man schreibt uns: Der 13jährige Sohn des Archwagenführers Gutowski in Gunglitz, Herthastraße 13, Johannes Gutowski, ging am Sonntag nach Baden. Er badete im Freibad mitten im See. Eine Woge warf ihn um und er verlor sich im Wasser. Die Kinder am Strande bemerkten den Unfall und sie legten zu zwei vorübergehenden Herren, die machten den Knaben aus dem Wasser holen. Doch die Herren gaben darauf gar keine Antwort und gingen weiter. Es wurde dann ein Fischer herbeigeholt, der in einiger Entfernung am Strande tätig war, der schließlich sofort hilfsbereit war. Da ihm aber die Unfallstelle ungenau angegeben wurde, ging er eine längere Strecke im Wasser entlang längs des Strandes, bis er mit dem Fisch an den Knaben stieß und ihn dann aus dem Wasser holte. Es war ein hübsch gemachter Junge. Der Fischer und eine Schwärmer machten zwei Stunden lang Wiederbelebungsversuche, doch leider vergeblich. Die Mutter war inzwischen herbeigekommen. Sie konnte ihren Sohn nur noch als Leiche in eine Laube tragen. Der Knabe hat infolge mancher Unvorsichtigkeit der beiden Herren, deren sonderbares Verhalten sich nicht gebräuchlich werden muß, sein Leben verloren.

Die kaiserliche Kabinettsorder vom 1. August 1917 ist öffentlich bekannt gemacht zu werden. Dabei sind sie immer kenntlich zu machen.

**Die Lage des Schneiderberufes.**  
Am Rottenthor fand Montag abend eine gut besetzte Versammlung von Schneider und Schneiderinnen Danzigs statt, die von dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Bekleidungsarbeiter Deutschlands einberufen war. Der Bezirksleiter Walter aus Breslau hielt einen Vortrag über das Thema: Wäcker Zukunft gehen die Angehörigen des Schneiderberufes entgegen? Der Vortragende wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage des Schneiderberufes die übelste von allen Gewerben sei. Schon vor dem Kriege seien den Schneidern die geringsten Löhne gezahlt worden und die Arbeitszeit im eigenen Heim war die längste. Dieses traurige Los wolle man jetzt endlich abschütteln und zwar für immer. Aber noch sei man davon weit entfernt. In den ersten drei Kriegsjahren habe man in der Reichsweberlei nichts erreicht. Jetzt endlich sei man bei einer Lohnerhöhung von 60 Prozent angelangt, aber die Lebensmittel seien im Preise um 185 Prozent und die Bekleidung um 400 Prozent gestiegen. Die Lohnerhöhung fuße auf den sehr geringen Löhnen vor dem Kriege. Um die Arbeit zu strecken, sei die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche gekürzt worden. Und jetzt werde der Arbeitsmangel noch mehr eintreten. Mit Verhandlungen habe man jetzt erreicht, daß die Unternehmer nun die Nähzutaten liefern, denn die Schneider waren hierzu nicht mehr in der Lage. Es möge also jeder Schneider, auch in Danzig, auf dieser Forderung bestehen. Weiter behandelte Redner die Kriegsbekleidungsämter, bei denen man viel soziales Verständnis gefunden habe. Hier stehe jetzt eine Arbeitsverminderung und Reuregelung bevor. Von den Löhnen hätten die Unternehmer 75 Prozent an die Schneider auszugeben. Wer dies nicht tue, setze sich hohen Strafen aus und Redner habe in seinem Bezirk von der Heeresverwaltung das Recht der Nachprüfung erhalten, da gegen diese Vorschriften verstoßen werde. Es sei unglaublich, mit welchen Mitteln sich manche Leute zu bereichern suchten. Die Instandsetzungsämter seien neu im Entstehen, da die Instandsetzung eine hohe Bedeutung erlange und sie auch noch für die Friedenszeit behalten werde. Hier werden Stundenlöhne ausgezahlt, die zunächst aber noch sehr verschieden seien. Zu erstreben seien gleiche Lohnsätze für das ganze Reich, denn der Preiswucher in Lebensmitteln sei überall gleich. Von den zugekauften Lebensmitteln könne man nicht leben. Redner widersprach sehr entschieden der Redensart, das Geld spiele bei der Beschaffung der Lebensmittel keine Rolle. Bei den Schneidern spiele die Zahlungsmöglichkeit eine sehr große und zwingende Rolle. Für die Wäscheinstandsetzungen seien die ausgezahlten Löhne viel zu gering, weil die Friedenssätze viel zu niedrig waren. In Friedenszeiten sind die Instandsetzungen überhaupt nicht richtig bezahlt worden, das gehe jetzt aber nicht mehr an. Man habe in Friedenszeiten Löhne von 12 bis 18 Pf. bezahlt, die selten auf 27 Pf. die Stunde stiegen. Da komme man mit dem prozentualen Juli- und nicht zurecht. Redner behandelte dann die Verchiebungen die bei den Bekleidungsämtern in Aussicht ständen und bei denen die Arbeitervertreter mitzuwirken be-rufen seien. Die Ausgabe der Heeresnährarten wird vermindert. Es sind bestimmte Grundsätze aufgestellt worden, nach denen diese Minderung erfolgen sollte. Ueberflüssige und geeignete weibliche Kräfte will man in die Rüstungsindustrie hinübernehmen. Man denke auch an die Landwirtschaft und die Haus-gewirtschaft. Redner schloß mit einem warmen Aufruf zur Mitarbeit für eine neue und schönere Zukunft. An den be-jährlich aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache.

**Erjähmittel in den fleischlosen Wochen.**  
Für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober sind — wie schon früher bekannt gegeben wurde — in der Fleischverzehrung vier fleischlose Wochen festgesetzt worden. Der dadurch entstehende Mangel an Fleisch wird durch Ersatz entweder in Mehl oder Kartoffeln ausgeglichen werden, und zwar sollen in den Ortschaften mit einer festgesetzten Wochenration von:  
200 g Fleisch, 250 g Mehl oder 1500 g Kartoffeln  
150 g Fleisch, 185 g Mehl oder 1250 g Kartoffeln  
100 g Fleisch, 125 g Mehl oder 750 g Kartoffeln  
zur Verteilung gelangen. Für die erste — vom 19. bis 25. August — laufende fleischlose Woche wird nach den erlassenen Anordnungen für das fehlende Fleisch ein Ersatz in Kartoffeln gewährt werden. Ausgenommen von der Einhaltung der fleischlosen Wochen sind auf Grund amtlichen Zeugnisses Kranke, insbesondere Zuckerkranker. Ueber die Fortgewährung der Fleischration an Kranke unter Fortfall der Fleischlieferung und über die Weiterverteilung der Fleischrationen an Kranke in den fleischlosen Wochen sind entsprechende Anweisungen an die zuständigen Stellen ergangen.

**ba. Weitere Frühkartoffelhöchstpreise.** Die Westpreussische Provinzialkartoffelstelle hat nunmehr die weiteren Erzeugerhöchstpreise für Frühkartoffeln bis zum 14. September festgesetzt. Danach beträgt der Höchstpreis für den Zentner 8,50 Mark in der Zeit vom 16. bis 20. August, 8 Mk. in der Zeit vom 21. bis 27. August, 7,50 Mk. in der Zeit vom 28. August bis 3. September, 7 Mk. in der Zeit vom 4. bis 10. September, 6 Mk. in der Zeit vom 11. September ab. Die Vermittelungsgebühr wird für die Zeit vom 1. bis 14. September auf 18 bis 20 Pf. berabgesetzt. Vom 15. September ab beginnt die öffentliche Verwertung der Herbstkartoffeln. Durch Bundesratsverordnung vom 9. März 1918 ist der Erzeugerhöchstpreis für die ganze Kartoffelernte vom 15. September ab auf 5 Pf. festgesetzt. Die Landeszentralbehörden sind jedoch ermächtigt, den Preis bis auf 6 Pf. zu erhöhen. Diese Festsetzung ist noch nicht erfolgt.

**Altkleider beim Obfektant**  
Uns wird geschrieben:  
Auch in diesem Jahre werden Klagen des Publikums laut über eine Uebervorteilung beim Einkauf von Obst. Die Käufer tänen gut, wenn sie sich aus den regelmäßig veröffentlichten Höchstpreisen unterrichten möchten, damit sie in der Lage sind, unberechtigten Forderungen entgegenzutreten. Es ist beachtet zu werden, daß man für gewöhnliche Falläpfel Preise von 1 Mark und mehr gefordert hat, obwohl der Preis für Falläpfel und Fülläpfel seit dem 31. Juli d. J. im Kleinhandel 30 Pfennig je Pfund beträgt, während Frühäpfel und Frühbirnen 40 Pfennig je Pfund kosten.  
Käufer, die auf diese Weise gegen die Höchstpreise verstoßen, sollten von dem Publikum zur Anzeige gebracht werden.

**Die neuen Postgebühren**  
Im „Reichsgesetzblatt“ ist jetzt das Gesetz über die mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgabe veröffentlicht worden. Das Gesetz, das am 1. Oktober d. Js. in Kraft tritt, entspricht in seinem ganzen Umfang dem von der Regierung vorgelegten Entwurf, der vom Reichstag unverändert angenommen worden ist. Die nachstehende Uebersicht gibt die Gesamtgebühren wieder, die vom 1. Oktober d. Js. ab für die einzelnen Sendungen erhoben werden.

	Preis- denn- sätze	Besetz- sätze	Neue Sätze
in Pfennigen			
Postkarte 1. Ortsverkehr a) bis 20 gr . . . . .	5	7 1/2	10
b) 20—250 gr . . . . .	5	7 1/2	15
2. Fernverkehr a) bis 20 gr . . . . .	10	15	20
b) 20—250 gr . . . . .	20	25	30
Postkarten a) Ortsverkehr . . . . .	5	7 1/2	7 1/2
b) Fernverkehr . . . . .	5	7 1/2	10
Druckachen bis 50 gr . . . . .	3	3	5
50 bis 100 gr . . . . .	5	5	7 1/2
über 100 gr . . . . .	10—30	10—30	15—35
Geschäftspapiere . . . . .	10—30	10—30	15—35
Warenprouben über 100 gr . . . . .	10—20	10—20	15—25
Mischsendungen . . . . .	10—30	10—30	15—25
Patete 1. bis 5 kg (a) bis 75 km . . . . .	25	30	40
(Grundgebühr) (b) über 75 km . . . . .	50	60	75
2. über 5 kg (a) bis 75 km . . . . .	30	40	60
(Grundgebühr) (b) über 75 km . . . . .	80	100	130
Wertbriefe a) bis 75 km . . . . .	20	25	25
b) über 75 km . . . . .	40	50	50
Postauftragsbriefe . . . . .	30	35	35
Postanweisungen a) bis 100 Mk. . . . .	10—20	10—20	15—25
b) über 100 Mk. . . . .	30—60	30—60	40—70
Telegramme für jedes Wort . . . . .	5	7	8
Mindestgebühr . . . . .	—	80	85
Telephon-Anschlüsse und Gebühren . . . . .	50	+10%	+20%

**Gaben Stiefkinder Gefallener auf Unterstützung Anspruch?**  
Hat die Ehefrau eines im Kriege Gefallenen Kinder mit in die Ehe gebracht, dann haben diese nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Waisenrente. Aber trotzdem besteht die Möglichkeit für sie, Unterstützung in der Form widerruflicher Unterstützung zu erhalten, wie sie auch unehelichen Kindern zuteil werden kann.  
Notwendig ist, daß der Stiefvater für die Kinder gesorgt hat und daß diese bedürftig sind. Keine Rolle spielt der Umstand, daß der wirkliche Vater noch lebt, wenn der gefallene Stiefvater schon geraume Zeit für das Kind wie ein leiblicher Vater gesorgt hat, wenn dieser selbst Unterhaltsbeiträge beisteuerte.  
Einem Stiefkind stehen an widerruflicher Zuwendung 225 Mark jährlich im Höchstfalle zu. Dort, wo die Mutter noch lebt und dann Witwenrente erhält, beträgt die Unterstützung nur 150 Mark. In keinem Falle soll sie höher sein als die Unterstützung, die der Gefallene dem Kinde selbst zuteil werden ließ. Scheitert die Witwe wieder, so fällt die Unterstützung nicht ohne weiteres weg. Nur dann wird sie eingestellt, wenn der neue Ehemann die Sorge für die Stiefkinder in einem solchen Maße übernimmt, daß die Bedürftigkeit in Wegfall kommt.  
Auch angenommenen und Pflegekindern, die der Gefallene vor seiner Einziehung wie seine eigenen Kinder unterstützt hat, können die widerruflichen Zuwendungen zuteil werden.

**Der Schleichhandel mit Leder.**  
Bei keiner Gattung von Waren, die der Beschlagnahme und andererseits Nationalisierung unterliegen, steht der Schleichhandel und der Wucher in solcher Blüte, als es mit Leder der Fall ist. Und das trotz der schärfsten Strafandrohungen in letzter Zeit. Während auf der einen Seite das Leder so knapp ist, daß nicht einmal die auf den Kopf festgesetzte und errechnete Menge geliefert werden kann, werden andererseits unter der Hand Riesemengen gehandelt. Natürlich zu den schwindelhaftesten Preisen, 20 bis 30 Mark für ein Pfund ist das Normale. Das infolge dessen die Schuhreparaturen sich gewaltig teuer stellen, ist selbstverständlich. Damit hand in Hand wächst die Not der minderbemittelten Volksschichten ins Ungemessene. Das Uebel hat bereits einen solchen Charakter angenommen, daß Gemeindevorstellungen sich nichts dabei denken, wenn sie auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Geheimhandels Leder einkaufen oder durch Annahmen und sonstige Mittel einzufließen lassen. Um die Schuhreparaturen ihrer Pflegebefohlenen ermöglichen zu können, sind die Kommunen wohl oder übel auf diesen Weg angewiesen. Wie aber kommt es, fragen wir, daß die Rationierung vollkommen versagt, dagegen auf Schleichwegen solche gewaltigen Mengen an Leder gehandelt werden können. Wo steckt der Fehler? Jedes Stück Rindvieh muß zum Schlachten an den Viehhändlungsverband abgegeben werden und die Häute unterliegen einer genauen Kontrolle. Wie ist es da möglich, daß solche Mengen verschwinden? Durch die Geheimhandlungen allein, die ebenfalls noch immer gehandhabt werden, erklären sich die Berge von Schleichhandelsleder nicht. Es ist nicht anders denkbar, als daß an einem oder mehreren Punkten der Organisation für die Beschlagnahme, Bearbeitung und Aufkapelung Defekte vorhanden sind, durch die die Häute hindurchspazieren. Es wird höchste Zeit, daß hier gründlich nach dem Rechten gesehen wird.

**Aus Westpreußen**  
Christburg, 12. Aug. Ein agrarischer Kriegswuchererprozeß, der nahezu zwei Jahre das Schöffengericht, das Landgericht in Elbing und das Oberlandesgericht in Marienwerder beschäftigte, hat jetzt sein Ende erreicht. Am 8. März 1917 wurde Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Gustav Sperling auf Sandhufen vom Schöffengericht wegen Kriegswuchers zu 7000 Mark Geldstrafe verurteilt. S. verkaufte 27 Zentner Gerstengröße, die vom Kommunalverband des kreislichen Fuhm beschlagnahmt war, zu 84 Mark den Zentner, während der Höchstpreis nur 45 Mark betrug. Auf die Bestrafung des S. hin ermöglichte die Elbinger Strafkammer die Geldstrafe auf 5000 Mark, gegen welches Urteil S. beim Oberlandesgericht in Marienwerder Revision anmeldete. Dieses verwies die Landesregierung zur nachmaligen Verhandlung an das Landgericht in Elbing, doch verblieb es bei den 3000 Mark Geldstrafe. Darauf legte S. wiederum beim Oberlandesgericht Revision ein, die aber verworfen wurde. S. hat außer der Geldstrafe eine Menge Gerichts- und Anwaltskosten zu bezahlen.

...Japan, sondern gerade daraus, daß sie alle Konflikte mit ebenbürtigen Gegnern auszuschließen und damit große politische Spannungen zu vermeiden suchen, die doch allein die sinnliche Ausbildung des Volksthemas ermöglichen. Wenn sie auf diesem Wege fortfahren, werden sie in Zukunft für eine solche Politik schwer zu büßen haben.

Die Sorge, daß das amerikanische Volk im Frieden verkommen könnte, sind wir nun los. Allerdings — England und Japan sind heute nicht Feinde der Vereinigten Staaten, sondern ihre Bundesgenossen. Daß wir es fertigbringen werden, auch noch mit Amerika Krieg zu bekommen, das hat selbst Bernhardi vor sieben Jahren sich nicht träumen lassen. Und er hat doch ein schneidiger, altdeutscher Kavalleriegeneral z. D.!

### Reichstag und Offfragen

Das „Berliner Tageblatt“ fordert mit Rücksicht auf die Bestätigung der Offfragen die sofortige Einberufung des Haushalts-Ausschusses. Das Blatt begründet dieses Verlangen mit dem Satz: „Eine ganze Reihe von Auslandsfragen drängt zur Entscheidung, und wenn der Reichstag nicht wieder, wie schon wiederholt, vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll, wird er sehr, fünf Minuten vor neuen schwerwiegenden Entscheidungen, auf eine Darlegung der Ziele unserer auswärtigen Politik dringen müssen.“

### Die künftige Reichseinkommensteuer

Den vereinten Bemühungen der bundesstaatlichen Finanzminister ist es dieses Mal noch gelungen, im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Antrag zu stellen, der auf die Einführung einer Reichseinkommensteuer hinausläuft. Man war sich aber auch in den Kreisen der Finanzminister sicher darüber klar, daß in diesem Falle aufgehoben nicht als aufgehoben gilt, und daß man bei dem steigenden Finanzbedarf des Reiches um die Reichseinkommensteuer nicht herumkommt wird. Diesen Gedanken bringt auch der Oberregierungsrat v. Gronow in einem Artikel zum Ausdruck, den er in der „Volk“ veröffentlicht. Er möchte aber, wenn die Reichseinkommensteuer verwirklicht wird, dem Reich möglichst wenig und den Bundesstaaten möglichst viel geben. Er führt deshalb aus:

„Es wird eine Reichseinkommensteuer eingeführt mit einem Steuertarif, der etwa die dreifache Höhe des preussischen Tarifs enthält, als gesamte direkte Einkommenbesteuerung mit Ausschluß von irgend welchen Zuschlägen dazu für die Bundesstaaten oder anderen Korporationen des öffentlichen Rechts. Von dem Ertrag erhält das Reich etwa 15 Prozent, wogegen die übrigen 85 Prozent den Bundesstaaten zufallen, die dann über die Verwendung ihrer, bereits selbständig gefällig verfügen. Politisch wird bedeutsam, daß einmal in dem Veranlagungs- und Erhebungsfall einheitlich der Betrag gezeigt wird, der durch die direkte Besteuerung der Einkommen erzielt wird, so daß die verhältnismäßige Belastung der Einkommen in einen zufälligen Vergleich gerückt wird zu den Belastungen durch Zölle und indirekte Steuern, weiter, daß im Deutschen Reich die jetzt noch bestehenden Unterschiede im Einkommensbegriff und dem Veranlagungsverfahren beseitigt werden. Unterschiede, die anders als auf dem Wege der Reichsreform kaum vollständig zur Einheit würden geführt werden können. Die Rechte der Bundesstaaten auf die etwa 85 Prozent der Reichseinkommensteuer könnten dann weiter noch besonders gestärkt werden etwa durch Einführung einer Dreiviertelmehrheit im Bundesrat, die zu einer Abänderung dieser Verhältniszahlen oder auch des Tarifs notwendig wäre.“

Das Reich kann natürlich auf einen solchen Vorschlag nicht eingehen. Bei dem gesteigerten Finanzbedarf des Reiches bedeuten 15 Prozent eigentlich gar nichts. Schließlich sind auch die Einzelstaaten verpflichtet, den allmählichen Verfall des Reiches durch Matrilinearbeiträge zu decken, so daß es eigentlich wenig Sinn hat, das Reich an direkten Einnahmen so überaus knapp halten zu wollen. Aber das ist schließlich eine Frage von untergeordneter Bedeutung, die Hauptsache ist die, daß die Reichseinkommensteuer endlich einmal kommt.

### Mißlungener Anfang zum Denken

Ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ beginnt mit folgender Auseinandersetzung: Deutschland hatte im Jahre 1830 28 Millionen Einwohner, im Jahre 1900 56 Millionen Einwohner, im Jahre 1910 66 Millionen Einwohner. Zweifellos hat jeder Deutsche unter diesen 66 Millionen in Deutschland im Jahre 1910 besser gelebt, als die meisten im Jahre 1830. Wie ist das möglich? Hatte Deutschland sich große Provinzen angeeignet? Einen Kontinent erobert, wie die Neu-England-Staaten? Ein Weltreich gegründet, wie England einst? Nein, lediglich auf deutscher Tüchtigkeit und Arbeitskraft ist die Ernährung dieses Zuwachses von 38 Millionen Menschen aufgebaut gewesen. Jeder Mensch erwartet nun die Folgerung, daß auch die weitere Zukunft Deutschlands sich auf der deutschen Tüchtigkeit und Arbeitskraft aufbauen müsse, nicht auf Eroberungspolitik oder Welt-herrschaftsplänen. Aber statt diesen naheliegenden Schluss zu ziehen, kommt der Verfasser des Artikels mittels allerlei psychischer Gedankengänge zu der merkwürdigen Folgerung, daß Deutschland nicht parlamentarisch regiert werden dürfe. — Aber wir konstatieren mit Genugtuung, daß in der „Deutschen Tageszeitung“ doch wenigstens einmal ein Anfang zu vernünftigem Denken gemacht worden ist. Vielleicht finden sich mit der Zeit auch einsichtige Leser, die von selber den Schluss ziehen.

### „Solingen“

Von Ph. Scheidemann, M. d. R.

Das Spektakelstück, das am 18. Juli in Solingen von einem Teil der Versammlungsbewerber aufgeführt worden ist, kann keinen Menschen weniger überrascht haben als mich. Mir war denn auch während jener Anwesenheiten zumute, als ginge mich persönlich die ganze Geschichte gar nichts an. Das haben wohl auch die Berichterstatter, die in der Presse über meine Ruhe und mein „spöttisches Lächeln“ geschrieben haben, ganz richtig empfunden. Ich habe es für selbstverständlich gehalten, daß die seit Jahren ganz stiller betriebene Berühmungs- und Verleumdungsarbeit der „Berliner Arbeiterstimme“ nicht ohne Folgen bleiben könne. Die Berühmungsarbeit der „Berl. Arbeiterst.“ gegen mich hat nicht etwa erst im Kriege begonnen. Sie setzte erheblich früher ein, nämlich, sobald die „neue“ Redaktion warm geworden war. Die letzten Spuren der Bekehrung, die Gerhart Hildebrand als Redakteur der „Berl. Arbeiterst.“ in Solingen geleistet hatte — ich bin keinesfalls mit allem einverstanden gewesen, was Hildebrand vertreten hat! — sollten ausgerottet werden.

Ich dachte weder in Steuerfragen so konservativ, wie die neue Solinger Redaktion, noch konnte ich das aufgereizte Massenstreikgedächtnis einiger Frauen aufheben. Nachdem ich 1913 auf dem Parteitag in Jena nicht so galant, wie es erwartet worden war, mit Frau Rosa Luxemburg diskutiert hatte, wurde ich meinen Wählern in der „Berl. Arbeiterst.“ immer deutlicher als ein wirklich scheußlicher Kerl gedeutet gemacht. Das einzige Lebenszeichen, das ich einige Wochen später auf einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus der Redaktion der „Berl. Arbeiterst.“ erhielt, war ein Brief und ein Paket, das Nummern der „Berl. Arbeiterst.“ enthielt, in denen alle Dreisprüher, die irgendwo „radikale“ Genossen für mich bestimmt hatten, sozusammen gesammelt waren, damit die Solinger Genossen klar und deutlich erkennen sollten, wen sie als Kandidaten und Abgeordneten seit 1897 mit ihrem Vertrauen beehrt hatten.

### Ein „vaterlandsparteilicher“ Engländer

Die Kampart und die Kampfmittel der „vaterlandsparteilichen“ werden eigenartig beleuchtet durch den Prozeß, den die demokratische „Frankfurter Zeitung“ zur Wahrung ihrer Ehre gegen den naturalisierten Engländer Chamberlain, einen Hauptschreiber der „vaterlandsparteilichen“, zu führen gezwungen ist. Wir teilten am Sonnabend bereits telegraphisch mit, daß der Prozeß zur Fällung des Urteils auf den 16. August vertagt worden ist. Der englische Richter der Zivilsache hatte behauptet, die „Frankf. Ztg.“ arbeite im Interesse Englands. Er dachte sogar ohne Verhüllung an, daß das Blatt von England gekauft worden sei. Dieser englische Ueberläufer und Wortführer der „vaterlandsparteilichen“ Alldutschen, Houston Stuart Chamberlain, ist Stodengländer und Sohn eines englischen Admirals. Zu Beginn des Krieges lebte er in Deutschland als „feindlicher Ausländer“, bis es ihm im Jahre 1916 glückte, in Bayern die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Für unsere Beurteilung steht Herr Chamberlain natürlich deswegen nicht höher oder tiefer, weil er Engländer ist. Aber wir denken an folgendes: Ein Deutscher, der bei Ausbruch des Krieges in England lebend sich eintrifft in den Dienst der englischen Propaganda stellte und in England das Staatsbürgerrecht erwirbt, wäre zweifellos nach den deutschen Gesetzen des schweren Landesverrats schuldig. Würde man in Deutschland seine Hafthaft werden, so würde man ihn ins Zuchthaus stecken. Zweifelslos unterliegt Herr Chamberlain nach den englischen Gesetzen derselben Beurteilung. Da berührt es eigenartig, wenn dieser Mann, der gegen sein eigenes Vaterland im Kriege Partei ergriffen hat, einem deutschen Blatt offen oder versteckt Landverrat vorzuerwerfen mag. Ein übergelaufener Engländer denunziert deutsche Zeitungen, im englischen Solde zu stehen! Ist dem Herrn Chamberlain nicht einen Augenblick die Möglichkeit der Rolle klar geworden, die er, der englische Ueberläufer, bei dieser Angelegenheit spielt?

Die Chamberlainschen Verleumdungen bilden nur einen kleinen Ausschnitt des Lügen- und Verleumdungsfeldzuges, mit dem die Alldutschen über jeden Freund der Verständigung herfallen. Wer ihre Ideen nicht teilt, wer die Gefahr erkennt, welche die alldutsche Propaganda für Deutschland bedeutet, der steht im Solde des Auslands (man denke auch an den jüngsten Aufruf der acht preussischen Männer gegen die Sozialdemokratie). Die alldutschen „Siegfriedgestalten“ erscheinen dabei als wahre Genies im Finden von Verleumdungen und Verleumdungen. Doch der englische Ueberläufer, der über das Nationalgefühl deutscher Zeitungen zu Gericht sitzt, der wird fürwahr eine besonderen Platz im Kabinett der alldutschen „Siegfriedgestalten“ beanspruchen dürfen. Der Reichstagsabgeordnete Conrad Hauptmann stellte übrigens in der Gerichtsverhandlung fest, daß der englische „vaterlandsparteiliche“ den Mut besessen hat, den Reichstag eine Schule des Eitels

zu schimpfen. Sein Verteidiger, der Vorsitzende des Alldutschen Verbundes, Justizrat Claf, bezeichnete diese rohe Schmähung der deutschen Volksvertretung in der öffentlichen Gerichtsverhandlung als ganz berechtigtes Urteil!

### Oesterreich-Ungarn

#### Zur Haltung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie

zum Budget und zu den Kriegskrediten, sowie zur Schicksalsfrage des Staates ist die Diskussion von Interesse, die jetzt zwischen Dr. Karl Renner und einem ungenannten Wortführer der „Linken“ in der Wiener Parteizeitschrift „Der Kampf“ geführt wird. Renner hat das in letzter Linie auf die Auflösung Oesterreich-Ungarns in seine nationalen Bestandteile hinauslaufende Programm der Linken als marxistisch und bürgerlich-nationalistisch, aber nicht marxistisch bezeichnet, und demgegenüber die Erhaltung des großen historisch gewordenen Wirtschaftsgebietes Oesterreich-Ungarns als ökonomische und darum im marxistischen Sinn maßgebende Notwendigkeit betont. Der Wortführer der Linken stellte dann das Problem höhnisch als „Warg oder Radeksh?“ wobei Radeksh als Repräsentant des alten schwarz-gelben Staatsgedankens im „Veteranen“ (Kriegervereins)-Sinn zu verstehen ist.

In seiner Erwiderung spricht Renner die Befürchtung aus, daß die schlechtregierten Nationen des Donauraumes tatsächlich auf dem Wege seien, sich das Schicksal der russischen Randvölker zu teilen. Und betont, daß das wahre Interesse der Nationen das gegenteilige sei. Schuld an der erwähnten verkehrten Entwicklungsrichtung seien zunächst die Regierungen Wien und Stürgkh, die es unterlassen haben, die Völker immer wieder zu Neuwahlen und dadurch zur fortschreitenden Klärung aufzurufen. Statt dessen wurde das Parlament bald ausgeschaltet, bald fortgeführt, so daß die Nationen heute eine Vertretung haben, die schon bei ihrer Wahl vor acht Jahren nicht angemessen war. Weiter hat das absolutistische System im Kriege die Selbstverständigung unterdrückt und durch mittelalterliche Drangsalierungen die Völker auf das äußerste gereizt. An solcher Politik können Staaten zugrundegehen, aber es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, den Staat als unmöglich zu erklären und so die Regierung schuldlos an seinem Ende zu machen.

So wie die ökonomische Zusammengehörigkeit der Tiefen des Schwarzen Meers bis an die Dniepr sich, wenn nicht anders, in künftigen Kriegen durchsetzen wird, so würde auch die Auflösung Oesterreich-Ungarns den Keim künftiger Kriege legen.

Die von der Linken geforderte Einsetzung von Nationalparlamenten für alle österreichischen Völker zur Vereinbarung des künftigen Verhältnisses bekämpft Renner mit dem Hinweis darauf, daß in solchen Parlamenten gerade die Partei der Verständigung und der Sozialpolitik, die Sozialdemokratie, erheblichen geringeren Einfluß haben würde als im heutigen Reichsrat.

Die Katastrophe Oesterreichs würde vor allem die breiten Volksmassen treffen. Es ist in Oesterreich niemandes Interesse, sich ukrainisieren zu lassen. Durch den Zerfall Oesterreichs zum Vorteil der ringsum lauerten Bourgeoisien würden die österreichischen

Zeit 1897 — also seit mehr als 20 Jahren! In schwerster Zeit wurde ich gerufen. Ob ich bemüht gewesen bin, meine Pflicht als Solinger Abgeordneter zu erfüllen, das mögen andere beurteilen. Es widerstrebt mir im einzelnen darzustellen, wie die Pressefreiheit vor mich in Solingen schon längst vor dem Kriege von den dortigen Führern der „Unabhängigen“ beseitigt worden ist, und wie sie, die sich die Presse und die Organisationsfunktion zu sichern wußten, den von ihnen über mich verhängten Belagerungszustand handhabten: Ich durfte vor meinen Wählern im Kriege nur unter der Bedingung reden, daß im selben Saal vor meinen Wählern kurz darauf der Abg. Haake auch redete! Da ich nicht das geringste von einem solchen Verfahren zu befürchten hatte, ging ich mit Vergnügen darauf ein. In meiner überfüllten Versammlung fand ich überaus Zustimmung; in der anderen, sehr schlecht besuchten Versammlung herrschte eine Stimmung wie in einem Eiseller. Deshalb stellte die „unabhängigen“ „Berl. Arbeiterst.“ fest, daß in meiner Versammlung „Krethi und Plethi“ gewesen sei.

Krethi und Plethi sollten mich nicht noch einmal hören! Denn es wäre wirklich zu blamabel gewesen, wenn die „Berl. Arbeiterst.“ jahrelang täglich, nur die Sonn- und Feiertage ausgenommen — lagen mir rund 100mal — ihren Eiern Eidsworen hätte, wie verräterisch die von mir vertretene Politik ist, und wo ich dann nur ein einziges Mal hätte reden können, und „Krethi und Plethi“ hätten mir wieder recht gegeben. Das sollte unter allen Umständen verhindert werden, und deshalb wurde die Versammlung am 18. Juli planmäßig abgesperrt. Hausschlüssel, die sich zum Besitzen eignen, wurden zur zeitigen Waffe der „Unabhängigen“, was ich durchaus verständlich finde. „Wie der Herr, so d's Geschärr“, wie die Politik, so die Art und Weise ihrer Vertretung.

Als einer meiner Freunde im Kreise Solinger mir vor etwa 15 Monaten schrieb, daß einige von der „Berl. Arbeiterst.“ gekaufte Arbeiter, die sich für radikale Sozialdemokraten halten, wieder einmal eine Resolution gegen mich beschließen hätten, schrieb ich ihm den folgenden Brief, aus dem klar zu ersehen ist, daß ich meine Pannschreiber nicht erst seit dem 18. Juli 1918 kenne:

...der Front des ...

### Rußland

#### Die Arbeiterarmee der Sowjetregierung

Der Botschafter der Sowjetregierung Axelrod, ein Vater des Volkswillens, hat in Berlin auf dem Berliner Korrespondenten des „Wiener Journals“, Dr. Egon Friedberg, erklärt, er sei auf die Frage, ob es mit der Sowjetmacht wirklich zu Ende gehe, folgendes: „Ich bin der festen Überzeugung, daß die Sowjetregierung die nächsten sechs Monate überdauern wird. Ich spreche nur deshalb von den nächsten sechs Monaten, weil Sie mir sagen, man glaube hier vielfach, daß unsere Herrschaft in den nächsten 14 Tagen werde gestürzt werden. Die Tschecho-Slowaken wären für uns eine Gefahr, wenn wir nicht die Kraft hätten; ihnen entgegenzutreten. Diese Kräfte stehen uns aber“ zur Verfügung, und es ist sicher, daß wir sie aus Simbirsk (an der Wolga) und Samara hinausstreifen werden.“

Die Tschecho-Slowaken werden nach Axelrod an Zahl und Bedeutung ungewohnt überschätzt. „Wir werden ihnen eine überlegene Macht entgegenstellen — überlegen nicht nur an Zahl der Gewehre, sondern vor allem Leute, die die Erkenntnis haben, daß sie die Tschecho-Slowaken schlagen müssen. Ich verleihe darunter eine Arbeiterarmee, die militärisch völlig ausgebildet ist und von früheren Berufsoffizieren, von Mitgliedern des ehemaligen Generalstabs geführt wird. Diese Offiziere stehen unter Kontrolle von Arbeiterkommissaren. Jeder ihrer Schritte wird beobachtet. In dieser Beziehung kann ich der deutschen Öffentlichkeit etwas recht Besseres erzählen. Oberst Murajow wollte jüngst eine solche Arbeiterarmee gegen die Sowjetregierung führen. Er hat seine Absicht mit dem Leben gebüßt, weil ihm seine Leute nicht glaubten, daß es mit uns so ziemlich vorbei sei. So; ein Oberst hat nämlich seine Leute nur solange hinter sich, wie er Ziele verfolgt, die die Leute begreifen. Diese Arbeiterarmeen bestehen eben nicht aus Puppen, nicht aus bequemen Werkzeugen, sondern aus denkenden, ja politisch reifen Männern. Dabei war Oberst Murajow, den seine Leute erschossen, nicht irgend ein Reaktionsär, sondern ein strammes Mitglied der linken Sozialrevolutionäre. Er hatte einmal der Jarenregierung als Offizier gedient und brachte es in der alten russischen Armee bis zum Oberst.“

Auch die Ernährungsfrage beurteilt Axelrod, den Nachrichten entgegen, sehr optimistisch. Er meinte, sie liege nicht so gefährlich, wie man in Westeuropa denke. Im übrigen ginge Großrussland jetzt einer glänzenden Ernte entgegen. In den wenigen Großstädten, die es in Rußland gibt, sind die Läden voller Waren. Allerdings seien die Preise dieser Waren sehr hoch.

#### Über die Stärke der Tschecho-Slowaken

berichtet Hans Borst, der sich gegenwärtig im Auftrage des „Berliner Tageblatt“ in Rußland befindet, aus Moskau wie folgt: „Über die Stärke der Tschecho-Slowaken wurde mir in der Operationsabteilung des Kriegsministeriums folgendes mitgeteilt: Das tschecho-slowakische Korps betrug ursprünglich etwa 75 000 Mann. Seit dem Beginn des Aufstandes hat es aber einen so zahlenmäßig erhalten, der aus Serben und einem Teil der Kojakenschaft besteht, daß diese vereinigten Kräfte jetzt annähernd auf 300 000 Mann geschätzt werden können. Die Sowjettruppen, die ihnen entgegengeführt werden können, sind dieser Zahl gegenwärtig noch etwas unterlegen. Doch sind fortgesetzt bedeutende Kräfte unterwegs an die Front, so daß sich das Verhältnis, wie ja auch Trotski in seiner letzten Rede bemerkte, bald wesentlich verschieben wird.“

#### Alles noch Kriegsschauplätze!

Der als Nachfolger Eichhorns zum Oberbefehlshaber in Kiew ernannte Generaloberst Graf Kirchbach, bisher Oberbefehlshaber der 8. Armee, hat sich, der „Corpsart Zeitung“ zufolge, mit einem Erlaß von der Besichtigung von Livland und Estland verabschiedet, der folgendermaßen beginnt:

„An die Bevölkerung von Livland und Estland! Auf allerhöchsten Befehl bin ich auf einen anderen Kriegsschauplatz berufen worden.“ General von Kirchbach kommt von Livland und Estland, er geht nach der Ukraine, er schreibt: „Ich bin auf einen anderen Kriegsschauplatz berufen.“ Danach hält Graf Kirchbach Livland und Estland, ebenso wie die Ukraine, mit der wir laut Vertrag „in Frieden und Freundschaft“ leben, immer noch für Kriegsschauplätze. Aber, hat er eigentlich unrecht?

#### Kriegszustand zwischen Rußland und der Entente

Amsterdam, 10. August. (W. L. B.) Neuer meldet aus Washington: Der amerikanische Konsul in Moskau unterrichtete das Staatsdepartement darüber, daß Lenin in der letzten Versammlung der Sowjets in Moskau erklärte, daß offizieller Krieg zwischen der russischen Regierung und der Entente besteht. Tschickerin sagte in Erwiderung auf eine Frage der alliierten Konsuln, daß diese Feststellung nicht als Kriegserklärung betrachtet zu werden brauche, sondern als Erklärung des Kriegszustandes, ähnlich wie er eine Zeitlang in bezug auf Deutschland bestand.

#### Eichhorns Mörder hingerichtet

W. L. B. Kiew, 11. August. An dem Mörder des Feldmarschalls von Eichhorn ist die verdiente Todesstrafe gestern vollstreckt worden.

Kiew, 10. August. Am 10. August wurde der Mörder des Generalfeldmarschalls von Eichhorn und seines Adjutanten, Hauptmanns

Berlin, den 23. April 1917.

Lieber Freund!

Schönen Dank für Deinen Brief. Laß Dir folgendes sagen: Ich habe mich daran gewöhnen müssen, jeden Tag dies oder jenes über meine Person in den Zeitungen zu lesen. Seit langer Zeit habe ich aber nichts gelesen, das — soweit meine Person in Betracht kommt — mir würdiger gewesen wäre wie die Kurze von der an mir in meiner Abwesenheit vollzogene Hinrichtung. Was spielen auch persönliche Fragen in dieser weltgeschichtlich bedeutsamen Zeit für eine winzige Rolle!

Einige politische Nachtwächter, die der liebe Gott in seinem Zorn zu sozialistischen Journalisten gemacht hat, haben seit Jahren meine Wähler zu überzeugen versucht, daß ich ein schlechter Kerl bin. Und nun haben auch wirklich 51 Männer und Frauen mir ihr Vertrauen entzogen. Auch dieses Schicksal werde ich mit Würde zu tragen wissen.

Ich werde die Drahtzieher, denen ich alles verzeihe, weil ich sie kenne, in ihrer Betätigung — die allerdings verschiedentlich auf eine schwere Schädigung unseres Volkes und besonders der Arbeiterklasse hinausläuft — nicht fördern. Mögen sie weiterhin Prinzipier retten und reiten, Resolutionen beschließen und Hinrichtungen vornehmen. Ich werde unverdrossen und unermüdet, wie ich es seit dem August 1914 getan habe, für den Frieden wirken und nekenheit den Solingern weiterhin behilflich sein in der Beschaffung von Arbeit und allerlei der Industrie nützlichem Material. Ich bin auch darauf gefaßt, daß mir eines Tages eine Solinger Resolution verlesen wird in der mir Vorwürfe gemacht werden, weil ich mich um Aufträge und Rohmaterial für Solingen bemüht habe; denn das ist ja wohl wie jeder Bezer der „Berl. Arbeiterst.“ merken kann, revolutionär-logisch: wenn die Bevölkerung gar nichts zu essen gehabt hätte, wäre längst die Revolution ausgebrochen; der Frieden wäre seit langer Zeit gesichert; die Redaktion der „Berl. Arbeiterst.“ wäre zur Reichsanzahl geworden und ich hinge längst irgendwo an einer Laternenpfehle. Vielleicht haunselst Du an einem schönen Tage des Jahres neben mir. Und dann haben uns die Raben in das An geschick! — Verliere auch Du in dieser hoffnungslosen Zeit den Humor nicht ganz, um mich brauchst Du nicht zu bangen.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Dein

